18. 1. Kann Nötigung durch Gewalt verübt werden ohne Aufwendung physischer Kraft und mittels Unterlassung?
 2. Muß bei der Nötigung die Gewalt eine unwiderstehliche sein?
 St.G.B. §. 240.

II. Straffenat. Urtr. vom 30. Oktober 1885 g. C. Rep. 2317/85.

I. Landgericht I Berlin.

1. Der Kaufmann C. hatte dem Schneidermeister R. Stoff zur Anfertigung von Mänteln gegeben, verweigerte aber unter Ausstellungen die Bezahlung der Arbeit. R. und dessen Ehefrau wollten ohne Zahlung die gefertigten Mäntel im Geschäftslokale des C. nicht lassen. Dieser entfernte sich, um polizeiliches Einschreiten zu veranlassen, und befahl seinem Kommiss W. — der strafrechtlich nur als Werkzeug des C. angesehen ist — die R.'schen Eheleute einzuschließen, um sie am Fortschaffen der Mäntel zu hindern. Dieser Befehl ist nicht vollständig ausgeführt, vielmehr nur eine Thüre des Geschäftslokales verschlossen—

worden, ein anderer Ausgang aber unverschlossen geblieben. Die R.'schen Eheleute hielten sich indes für eingeschlossen.

Hieraus ist vom ersten Richter gefolgert, daß eine Freiheitsberaubung im Sinne des §. 239 St.G.B.'s zwar nicht zur Ausführung gelangt, wohl aber der Thatbestand des §. 240 St.G.B.'s erfüllt worden sei.

Die Revision suchte u. c. auszuführen, daß das Begriffserforderniß der Gewalt in unzureichender Weise festgestellt sei. Dem ist nicht beigetreten aus folgenden

Gründen:

Der erste Richter ist davon ausgegangen, daß der Begriff der Gewalt im §. 240 St.G.B.'s nicht auf „Gewalt an der Person“ oder „gegen eine Person“ zu beschränken sei. Eine körperliche Berührung, überhaupt ein Unternehmen körperlicher Überwältigung des zu Nötigenden ist nicht für notwendig zur Erfüllung des Begriffes erachtet worden.

Diese Auslegung entspricht dem Wortlaute im Gegensatze zu anderen Gesetzesstellen, in denen „Gewalt gegen eine Person“ ausdrücklich im Gegensatze zur „Gewalt“ an sich gestellt ist, wie in §. 255 gegenüber §. 253 St.G.B.'s, oder doch ausdrücklich Gewalt „gegen eine Person“, wie in §§. 122 Abs. 3. 249 St.G.B.'s, oder Gewalt „an“ einer Person gefordert wird, wie in §. 117 Abs. 2 im Gegensatze zu Abs. 1, und in §. 176 Abs. 1 a. a. O.

Die Auslegung entspricht dem Zwecke des Gesetzes, welcher dahin geht, die Freiheit der Entschliebung des einzelnen zu Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen vor widerrechtlichem Zwange zu schützen. Unter den Begriff der Gewalt im Sinne des §. 240 a. a. O. fällt daher auch jede unmittelbare oder mittelbare Einwirkung auf den Körper eines anderen, welche geeignet ist und darauf abzielt, die freie Willensentschliebung desselben zu hindern, und ihn auf diese Weise zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung zu nötigen. Eine solche Einwirkung kann in der Entziehung der persönlichen Freiheit ohne Rechtsirrtum gefunden werden. Es bedarf zu einer solchen Einwirkung nicht einmal der Aufwendung physischer Kraft, sie kann auch durch ein Unterlassen, z. B. Entziehung der Nahrung, oder durch Aufrechterhaltung eines ohne verbrecherischen Vorsatz herbeigeführten Zustandes der Freiheitsentziehung erfolgen.

Im vorliegenden Falle ist die Freiheitsberaubung zum Zwecke der Nötigung mittels Einschließens bewirkt worden, und in letzterem konnte auch ohne Rechtsirrtum die Anwendung physischer Kraft und eine Gewalt an Sachen gefunden werden, welche, wie das Reichsgericht in wiederholten Entscheidungen,

vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 3 S. 179, Bd. 7 S. 769, Bd. 9 S. 58.

angenommen hat, unter den Begriff der Gewalt im Sinne des §. 240 St.G.B.'s fällt, wenn sie auch nur indirekt gegen eine Person gerichtet ist und darauf abzielt, den Widerstand derselben zu brechen oder auszuschießen.

Ein Rechtsirrtum läßt sich also nicht erkennen, wenn im vorliegenden Falle in dem mit dem Verstecken des Schlüssels verbundenen Verschließen der Thüre des Geschäftslokales Gewalt im Sinne des §. 240 St.G.B.'s gefunden ist. Dies Verfahren ist hier mit Recht auf eine Stufe gestellt mit dem gewaltsamen körperlichen Verhindern des Weggehens mit den strittigen Mänteln.

2. Zweifellos waren dadurch die R.'schen Eheleute, welche einen anderen Ausweg als den durch die verschlossene Thür nicht kannten, wenn sie selbst nicht Gewalt gebrauchten oder ohne die Mäntel sich fortbegeben wollten, gezwungen, im Lokale zu bleiben; sie waren also durch Gewalt genötigt, die Mitnahme der Mäntel zu unterlassen.

Daß die R.'schen Eheleute bei Aufwendung von Aufmerksamkeit einen anderen Ausweg finden konnten, ändert, wie der erste Richter mit Recht angenommen hat, in der Sache nichts. Es ist kein Kriterium des Begriffes der Gewalt im Sinne des §. 240 a. a. O., daß dieselbe eine unwiderstehliche gewesen, daß ihren Wirkungen der Bergewaltigte durch Aufwendung ihm unbekannter, bei aufmerksamerem Verhalten aber zu entdeckender Mittel sich nicht habe entziehen können. Nach der offensichtlichen Annahme des ersten Richters hat es aber auch im Willen des Angeklagten sowohl wie seines Beauftragten gelegen, daß die R.'schen Eheleute einen anderen Ausweg nicht benutzten; der Angeklagte G. hatte sogar den Verschluß desselben angeordnet. Der eingetretene Erfolg, daß durch den Verschluß der Kontorthüre die R.'schen Eheleute gehindert wurden, das Lokal mit den Mänteln zu verlassen, lag also im Willen des Angeklagten, mochte dieser Erfolg durch den gleichzeitigen Verschluß des

anderen Ausgangs oder durch die Unbekanntschaft der R.'schen Eheleute mit dem letzteren erreicht werden.

Die R.'schen Eheleute sind durch die Einschließung genötigt worden, das Verlassen des Geschäftslokales mit den Mänteln zu unterlassen, und zwar für so lange Zeit, bis ihnen die Rückkehr des Beschwerdeführers zufällig Gelegenheit bot, dem ihnen bis dahin bereits auferlegten Zustande der Nötigung sich zu entziehen.